

DAe der öffentlichen GR-Sitzung vom 14.12.2017

Fraktion	Betreff des DAes
ÖVP	Besonderer Rechtsschutz für Bildungseinrichtungen <i>Dringlichkeit und Antrag einstimmig ANGENOMMEN</i>
KPÖ	Ausbauten der Verkehrsinfrastruktur zur Anbindung der Reininghausgründe bzw. in den Grazer Westen <i>Dringlichkeit ABGELEHNT (gegen KPÖ, Grüne, SPÖ, Neos)</i>
FPÖ	Busleitsystem <i>Dringlichkeit und Antrag einstimmig ANGENOMMEN</i>
Grüne	Aufhebung des geplanten Rauchverbots in der Gastronomie <i>Dringlichkeit und Antrag mit Mehrheit ANGENOMMEN (gegen FPÖ)</i>
SPÖ	Petition/Keine Aufhebung des absoluten Rauchverbotes <i>Dringlichkeit und Antrag mit Mehrheit ANGENOMMEN (gegen FPÖ)</i>
Grüne	Lebensqualität am Griesplatz <i>Dringlichkeit ABGELEHNT (gegen KPÖ, Grüne, SPÖ, Neos)</i>
SPÖ	Unterstützung für Maturabälle und gemeinnützige Veranstaltungen <i>Dringlichkeit ABGELEHNT (gegen KPÖ, Grüne, SPÖ, Neos)</i>
Neos	Transparenter Bezirksrat: Protokolle <i>Dringlichkeit ABGELEHNT (gegen KPÖ, Grüne, SPÖ, Neos)</i>

GR Anna Hopper

14. Dezember 2017

A N T R A G
zur
dringlichen Behandlung

unterstützt durch die im Gemeinderat vertretenen

Klubs von

Betr: Besonderer Rechtsschutz für Bildungseinrichtungen

Kinderbildungs- und Betreuungseinrichtungen, Schulen und Horte sind Bildungsstätten, die den Erfolg unserer Jugend auch in Zukunft garantieren sollen. In den letzten Jahren haben sich die Anforderungen an die genannten Bildungseinrichtungen, insbesondere in Ballungsräumen wie Graz, stark erhöht. Neben den Herausforderungen des Alltags (Heterogenität der SchülerInnen, Sprachdefizite, Integration und Inklusion) hat sich auch die Länge des Bildungstages in den Einrichtungen geändert. Gab es vor 20 Jahren noch kaum ganztägige Schulformen, halten inzwischen ein Großteil der Pflichtschulen bis 17:00 Uhr, oder länger offen.

Ein ähnliches Bild zeigt sich auch bei den elementarpädagogischen Einrichtungen Kindergärten und Kinderkrippen. Gleichzeitig hat insbesondere im elementarpädagogischen Bereich ein massiver Ausbau der Bildungseinrichtungen stattgefunden, um einen entsprechend hohen Versorgungsgrad, und damit verbunden die Vereinbarkeit von Familie und Beruf, garantieren zu können.

Diese Ausdehnung der Öffnungszeiten und Ausweitung des Angebotes führt immer öfter zu Diskussionen im unmittelbaren Umfeld der Einrichtungen. In der Regel konnten jedoch die Probleme mit Anrainern einvernehmlich gelöst werden. In den meisten Fällen wird die Einrichtung nach einer entsprechenden Gewöhnungszeit von den Nachbarn positiv aufgenommen.

In jüngerer Vergangenheit (Fall Gösting) hat es jedoch Vorfälle gegeben, die trotz der Bemühungen aller beteiligten Behörden die Schließung eines Kindergartens nach sich zog. Auch der Ausbau der Schulischen Nachmittagsbetreuung bzw. ganztägiger Schulformen führt immer wieder zu Konflikten mit Anrainern. Auch wenn diese bis dato immer in gutem Einvernehmen aller Beteiligten im Sinne der Schülerinnen und Schüler gelöst werden konnten, fehlt hier trotzdem eine klare und einheitliche gesetzliche Regelung bezüglich der entstehenden Lärmsituationen.

Namens des ÖVP-Gemeinderatsclubs stelle ich daher folgenden

Dringlichen Antrag:

1. Der Gemeinderat der Stadt Graz bekennt sich ausdrücklich zu öffentlichen Freiräumen für Kinder und stellt klar, dass das Spielen von Kindern bzw. Kinderstimmen keine ungebührliche Lärmbelästigung darstellen.
2. Das Land Steiermark wird über den Petitionsweg aufgefordert, den § 1 Abs. 1 des Stmk. Landessicherheitsgesetzes, sowie § 77 Abs. 1 des Stmk. Baugesetzes dahingehend zu adaptieren, dass Kinderstimmen dezidiert nicht als ungebührlich störender Lärm gewertet werden dürfen.
3. Der Bund wird über den Petitionsweg aufgefordert, einen besonderen Rechtsschutz für Bildungseinrichtungen zu beschließen, damit die Möglichkeiten zur Klage, durch die von Kindern ausgehenden Geräuschemissionen, in Zukunft ausgeschlossen sind.



KPÖ-Gemeinderatsklub
8011 Graz – Rathaus
Hofgebäude, Zimmer 114–118

Tel.-Nr.: + 43 (0) 316 – 872 2150
+ 43 (0) 316 – 872 2151
+ 43 (0) 316 – 872 2152
+ 43 (0) 316 – 872 2153

Fax: + 43 (0) 316 – 872 2159

E-Mail: kpoe.klub@stadt.graz.at

Gemeinderat Manfred Eber

Donnerstag, 14. Dezember 2017

Antrag zur dringlichen Behandlung
(gemäß §18 der Geschäftsordnung des Gemeinderates)

Betrifft: Ausbauten der Verkehrsinfrastruktur zur Anbindung der Reininghausgründe bzw. in den Grazer Westen

Die Realisierung des neuen Stadtteils Reininghaus bringt auch neue Herausforderungen für die Verkehrsinfrastruktur mit sich. Bereits im Rahmenplan Reininghaus, der im Feber 2010 einstimmig im Gemeinderat beschlossen wurde, hieß es: *"Eine Realisierung aller oder eines Großteils der Flächen mit bisher üblichen Ansätzen zu Nutzungsart, Modal Split und Stellplatzanzahl etc. würden das umliegende Straßennetz großräumig stark überlasten bzw. wesentliche Ausbauerfordernisse der Straßenverkehrsinfrastruktur notwendig machen."*

Es wurde dementsprechend ein Verkehrsentwicklungskonzept erarbeitet, das sich an der **"Sanften Mobilität"** orientiert. Die optimale Erschließung für den FußgeherInnen- und Fahrradverkehr sowie die bestmögliche Anbindung an den Öffentlichen Verkehr mittels Straßenbahn bzw. kurzfristig mit einem Busangebot sind dafür wichtige Voraussetzungen. Neben dem Ausbau der Kreuzung Eggenberger Straße - Alte Poststraße ist die Unterführung Josef-Huber-Gasse ein Verkehrsinfrastrukturprojekt, das vorwiegend dem motorisierten Individualverkehr (MIV) zugutekommt. Beide Projekte waren bereits Inhalt des Rahmenplans Reininghaus.

Vor nunmehr gut drei Jahren, in der November-Sitzung 2014, wurde die Projektgenehmigung über 2,75 Mio Euro mehrheitlich beschlossen. Nun findet die Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP) statt, der entsprechende Bescheid wird bereits im April 2018 erwartet. Die Zielsetzung für den Modal Split für Reininghaus ist sehr ambitioniert: lediglich 25 % aller Wege sollen mit MIV erfolgen. Um den künftigen Bewohnerinnen und Bewohnern in Reininghaus die Nutzung von Öffentlichen Verkehrsmitteln von Anfang an schmackhaft zu machen, ist es erforderlich, möglichst frühzeitig für eine gute Anbindung an den ÖV zu sorgen.

Ich stelle daher namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs folgenden

Antrag zur dringlichen Behandlung
(gemäß §18 der Geschäftsordnung des Gemeinderates)

Der Gemeinderat der Stadt Graz sieht das Erfordernis, für den neuen Stadtteil Reininghaus entsprechende Adaptierungen und Ausbauten der Verkehrsinfrastruktur vorzunehmen. Dazu gehört auch eine Straßenanbindung über die Josef-Huber-Gasse zur Alten-Poststraße. Gemäß der Verkehrsstrategie der Stadt Graz und der darin verankerten Priorität für den öffentlichen Verkehr genießt aber die Bereitstellung eines guten ÖV-Angebots Vorrang. Folglich ist sicherzustellen, dass die geplante Verlängerung der Straßenbahn bis Reininghaus (Hummelkaserne) sowie die Umsetzung des Buskonzepts Graz West als Bestandteil des "Masterplans ÖV" zeitlich VOR der Fertigstellung der Straßenunterführung Josef-Huber-Gasse wirksam wird.

Gemeinderat Klubobmann Mag. Armin Sippel
Dringlicher Antrag

An den
Gemeinderat der
Landeshauptstadt Graz

Graz, am 13.12.2017

Betreff: Busleitsystem
Dringlicher Antrag

Sehr geehrter Herr Bürgermeister!

Ganz besonders in der Adventzeit ist unsere Stadt Graz mit ihren zahlreichen Märkten eine äußerst attraktive Destination. Gäste aus ganz Österreich, aber auch aus dem benachbarten europäischen Ausland wählen Graz als Reiseziel für Tagesausflüge und auch mehrtägige Aufenthalte. Für unsere Stadt stellt die hohe Besucherfrequenz in der vermeintlich stillsten Zeit des Jahres einen aus wirtschaftlicher Sicht zweifelsfrei enorm wichtigen Eckpfeiler dar.

Ein erheblicher Anteil der Touristen wählt zu diesem Zweck den Reisebus als Transportmittel. Reisen mit dem Bus stellt in Hinblick auf den Energieverbrauch und die Gesamtemissionen eine, verglichen mit dem Pkw, wesentlich umweltfreundlichere Form des Reisens dar. Trotzdem erfordern hohe Reisebusfrequenzen geeignete Maßnahmen, um Verkehrsbeeinträchtigungen, insbesondere in historischen Innenstadtbereichen, zu vermeiden.

Auf der Webseite von Graz Tourismus werden die Parkplätze für Reisebusse beim Künstlerhaus am Burgring sowie beim Opernhaus in der Franz-Graf-Allee empfohlen. Das Parken ist bis zu einer Dauer von fünf Stunden kostenlos. Vor allem im Kreuzungsbereich Wilhelm-Fischer-Allee / Erzherzog-Johann-Allee kommt es zu dieser Zeit regelmäßig dazu, dass Reisebusse, die hier auf eine Parkmöglichkeit hoffen, zusätzlich den rechten Fahrstreifen blockieren. Dies führt in weiterer Folge dazu, dass sich Fahrzeuge, die von der Wilhelm-Fischer-Allee kommend in den Burgring einfahrend, auf den äußerst linken Fahrstreifen einordnen müssen, um diese Kreuzung passieren zu können. Auch im Bereich ab Opernhaus bis zumindest Joanneumring verursachen parkplatzsuchende Reisebusse immer wieder zähfließenden Verkehr in einem ohnehin stark befahrenen Verkehrsabschnitt.

Vergleichbare andere Städte wie etwa Linz, Innsbruck und Salzburg haben schon vor längerer Zeit geeignete Konzepte umgesetzt, und halten Reisebusse besonders in Stoßzeiten –

abgesehen von Ein- und Ausstiegsmöglichkeiten – vom innerstädtischen Bereich großteils fern. In allen vorgenannten Städten finden sich im Netz leicht zugängliche und komprimierte Informationen. Busleitsysteme informieren über die genauen Koordinaten der einzelnen Busparkplätze, geben Informationen zum zeitlich beschränkten Parkverbot, zu Nachparkverboten, Sperrzonen bis hin zu Reparaturwerkstätten und Möglichkeiten zur Buswäsche.

Für Graz als eine überdurchschnittlich mit Feinstaub belastete Stadt sollte ein taugliches Busleitsystem ein Projekt mit höchster Priorität sein. Daneben sollte auch die größer werdende Parkplatznot Anlass geben, möglichst zeitnah eine Lösung zu erarbeiten. Ein wenig erstaunlich ist dann die Tatsache, dass auf der Webseite von Graz Tourismus darauf hingewiesen wird, dass für Reisebusse die Möglichkeit besteht, Parkplätze in der Grünen Zone zu benützen. Gerade bei Wochenendaufenthalten bedeutet das ja, dass diese Parkflächen, die an Samstagen und Sonntagen ganztägig gebührenfrei sind, für Grazer blockiert sind. Bestes Beispiel dafür ist ein mitten im Wohngebiet in der Heinrich-Casper-Gasse von Freitag bis Sonntag abgestellter Reisebus aus Bosnien. Das kann nicht im Sinne des Erfinders der Grazer Parkzonen sein!

Bei der Erarbeitung eines Busleitsystems sollte auch die Einhebung von entsprechenden Gebühren angedacht werden. Die zuvor genannten Städte haben auch dies schon umgesetzt. Es gäbe da unterschiedliche Denkansätze wie etwa eine teilweise oder vollständige Rückvergütung der Gebühr bei Erwerb einer gewissen Anzahl der Joanneums 24h | 48 h Karte oder der Graz Card oder vergleichbaren Tourismus-Paketen.

Aus diesem Grund ergeht namens des Freiheitlichen Gemeinderatsklubs nachfolgender

Dringlicher Antrag

gem. § 18 der GO f. d. Gemeinderat
der Landeshauptstadt Graz

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Die für das Verkehrsressort zuständige Stadtsenatsreferentin Elke Kahr wird ersucht, gemeinsam mit allen in Frage kommenden Abteilungen und Unternehmungen der Stadt Graz – im Besonderen mit Graz Tourismus – ein geeignetes Busleitsystem für die Stadt Graz zu entwickeln. Ziel soll es sein, Reisebusse – ausgenommen davon mögen Möglichkeiten zum Ein- und Ausstieg sein – jedenfalls vom Bezirk Innere Stadt sowie zusätzlich von den ohnehin regelmäßig stark überlasteten Verkehrswegen fernzuhalten. In die Überlegungen sollten jedenfalls Parkmöglichkeiten in den Randbezirken eingeschlossen werden, die über eine ausreichende Anbindung an den Öffentlichen Verkehr besitzen. Ein erstes Beurteilungsergebnis möge dem Verkehrsausschuss bis spätestens Ende des ersten Quartals 2018 vorgelegt werden.



Dringlicher Antrag der Grünen-ALG

eingebracht in der Gemeinderatssitzung vom 14.12.2017

von

GRin Manuela Wutte, MA

Betrifft: Aufhebung des geplanten Rauchverbots in der Gastronomie

Kein Thema hat in letzter Zeit die Menschen in Österreich derart bewegt wie das von den RegierungsverhandlerInnen abgesagte generelle Rauchverbot in der Gastronomie. Eine Online-Petition der österreichischen Krebshilfe wurde schon (bis Mittwoch Nachmittag) von rd 185.000 Personen unterzeichnet.

Alle ExpertInnen sind sich einig: Das Kippen des Rauchverbot sei „ein schwerer Fehler mit weitreichenden Konsequenzen und wird nachweislich Menschenleben und sehr viel Geld kosten.“ (Österreichische Gesellschaft für Pneumologie), Österreich bleibe der „Aschenbecher Europas“ (niederösterreich. GKK) Insbesondere ArbeitnehmerInnen sind dem Passivrauch in der Gastronomie somit weiterhin schutzlos ausgeliefert.

Kritik kommt auch von Seiten der Landespolitik. ÖVP-Gesundheitslandesrat Christopher Drexler kommentierte die geplanten Rücknahme des Rauchverbotes folgendermaßen: „Man tut den Wirten nichts Gutes, man tut Österreichs Reputation nichts Gutes, man tut den Beschäftigten in der Gastronomie nichts Gutes und man tut letztendlich den Rauchern nichts Gutes.“

Mit der Rücknahme der bereits 2015 beschlossenen Novellierung des Tabakgesetzes katapultiert sich Österreich zurück ins gesundheitspolitische Abseits Europas, wo die meisten Länder bereits strenge Rauchverbote beschlossen haben. Schon 2013 belegte Österreich im Rahmen der „Tobacco Control Scale“, welche Rahmenbedingungen des Rauchens, wie Besteuerung, Einfluss der Tabakindustrie und Rauchverbote vergleicht, innerhalb Europas den letzten Platz.

Studien zeigen, dass ein Rauchverbot in der Gastronomie nachweislich zum Rückgang des Tabakkonsums sowohl in der Gesamtbevölkerung als auch im kritischen Jugendalter führt. Dadurch entstehen weniger Lungen- und Herz-Kreislaufkrankungen. Studien zeigen außerdem, dass auch in den Nicht-raucherbereichen der Gastronomie die Feinstaubbelastung stark erhöht ist. Die Befürchtung, das Rauchverbot könnte zu Umsatzeinbußen in der Gastronomie führen, wurde in Ländern wie Spanien, Irland und Italien bereits widerlegt.

Es gibt aus gesundheitspolitischer aber auch aus wirtschaftspolitischer Sicht somit kein einziges Argument, das für die Rücknahme des bereits beschlossenen generellen Rauchverbots spricht. GesundheitspolitikerInnen aus allen Bundesländern und viele renommierte GesundheitsexpertInnen stellen sich klar gegen die Aufhebung des schon lange geplanten und fixierten Rauchverbots in der Gastronomie. Ich ersuche Sie daher, dass sich auch der Grazer Gemeinderat geschlossen gegen diesen gesundheitspolitischen Irrweg stellt!

Ich stelle daher namens der Grünen-ALG folgenden

Dringlichen Antrag

- 1.) Der Grazer Gemeinderat bekennt sich zur Notwendigkeit eines starken NichtraucherInnschutzes und damit zur Notwendigkeit eines generellen Rauchverbots in der Gastronomie.
- 2.) Bürgermeister Siegfried Nagl und Gesundheitsstadtrat Robert Krotzer werden ersucht, ehestmöglich Gespräche mit den neuen Regierungsverantwortlichen aufzunehmen, mit dem Ziel, dass das generelle Rauchverbot in der Gastronomie wie geplant mit Mai 2018 umgesetzt wird.

Betreff: Petition/Keine Aufhebung des
absoluten Rauchverbotes



A-8010 Graz-Rathaus
Telefon: (0316) 872-2120
Fax: (0316) 872-2129
email: spoe.klub@stadt.graz.at
www.graz.spoe.at
DVR: 0828157

DRINGLICHER ANTRAG

**an den Gemeinderat
eingebracht von Herrn Gemeinderat Michael Ehmann
in der Sitzung des Gemeinderates
vom 14. Dezember 2017**

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,
liebe Kolleginnen und Kollegen!

Als „Ausdruck der Fehleinschätzung der Politik“ bezeichnet Med-Uni-Rektor Hellmut Samonigg das im Zuge der Koalitionsverhandlungen von VP und FP auf Bundesebene vereinbarte Kippen des absoluten Rauchverbotes in der Gastronomie. Und mit dieser Einschätzung steht der weit über die Grenzen hinaus bekannte Mediziner alles andere als allein da: So hat beispielsweise eine entsprechende Online-Petition der Krebshilfe innerhalb von nicht einmal 36 Stunden bereits deutlich mehr als 150.000 Unterstützerinnen und Unterstützer gefunden.

Und das aus gutem Grund: Denn Samonigg, dem medizinisches Unwissen denn doch nicht unterstellt werden kann, weist ausdrücklich darauf hin, dass die Konsequenzen des Rauchens weit über das Gefahrenmoment Krebs noch hinausgehen: Auch die Gefahr von Herz-Kreislaufkrankungen, Gefäßerkrankungen, Erkrankungen des Gehirns erhöht sich drastisch. Und Samonigg sagt es deutlich: "Es kann nicht sein, dass wir die eine Ursache für viele Erkrankungen – Rauchen ist allein an 15 Krebserkrankungen beteiligt – nicht effektiv bekämpfen!"

So kommt es ja wohl auch nicht von ungefähr, dass europaweit massive Initiativen gegen das Rauchen gesetzt werden. Selbst in vormaligen Raucherparadiesen wie Italien ist es mittlerweile völlig klar und logisch, dass in Lokalen nicht mehr geraucht wird. Nur in Österreich wollen einige PolitikerInnen offenbar anders sein, jetzt einen Schritt zurück in Richtung Glimmstängel-Zeitalter setzen, unser Land zum Aschenbecher Europas zurückentwickeln.

Das kann denn doch nicht sein! Umso wichtiger ist es, jetzt klare, deutliche Worte zu finden – wie dies etwa Salzburgs Landeshauptmann Wilfried Haslauer getan hat, der festhält: „Es ist dies nicht die Regelung, die wir uns gewünscht haben.“ Noch deutlicher der steirische Gesundheitslandesrat Christopher Drexler: „Man tut den Wirten nichts Gutes, man tut Österreichs Reputation nichts Gutes, man tut den Beschäftigten in der Gastronomie nichts Gutes und letztlich tut man den Rauchern nichts Gutes. Die einzigen, die sich darüber freuen, sind die Putzereien.“

Dieser deutlichen Ablehnung durch den steirischen Gesundheitslandesrat kann man sich nur anschließen, muss man sich anschließen. Denn alarmierend-kritische Stimmen von Expertinnen und Experten gibt es ja mehr als genug: Das Kippen der bereits 2015 beschlossenen Novelle werde

nachweislich Menschenleben und viel Geld kosten, warnt etwa der Vorstand der Österreichischen Gesellschaft für Pneumologie (ÖGP) – das sind, wenig überraschend, die Lungenfachärzte. ÖGP-Generalsekretär Bernd Lamprecht bringt es wohl auf den Punkt: „Daten aus Irland und Italien zeigen eindeutig, dass es durch ein generelles Rauchverbot in der Gastronomie bei Aktiv- wie bei Passivrauchern zu einer raschen Reduktion von kardiovaskulären Ereignissen bis hin zum Herzinfarkt kommt.“

Dem ist wohl nicht mehr viel hinzuzufügen – außer einen deutlichen Appell an die Mitglieder der künftigen Bundesregierung und des neuen Nationalrates zu richten, auf die Stimme der Vernunft zu hören: Halten Sie am vorgesehenen absoluten Rauchverbot in der Gastronomie fest, setzen Sie Gäste und ArbeitnehmerInnen nicht vorsätzlich einer schweren Gesundheitsgefährdung aus, schützen Sie Österreichs Jugend!

In diesem Sinne wäre auch der Gemeinderat der Stadt Graz gut beraten, sich jetzt – zeitgerecht – der vorgenannten Reihe der ablehnenden Stimmen, von Rektor Samonigg bis Landesrat Drexler, von der Krebshilfe bis zur Stadt Wien anzuschließen und sich klipp und klar gegen das Kippen des absoluten Rauchverbotes in der Gastronomie auszusprechen.

Namens der sozialdemokratischen Gemeinderatsfraktion stelle ich daher den

dringlichen Antrag:

Der Gemeinderat der Stadt Graz möge in Anlehnung an bzw. mit Hinweis auf die eindringlichen Argumente der Krebshilfe, von Med-Uni-Rektor Hellmut Samonigg, Gesundheitslandesrat Christopher Drexler, der Österreichischen Gesellschaft für Pneumologie (ÖGP) und vieler anderer in einer Petition an die Koalitionsverhandlungsteams von ÖVP und FPÖ auf Bundesebene, an die Mitglieder der künftigen Bundesregierung und an die Mitglieder des neuen Nationalrates appellieren, gemäß Motivenbericht und im Interesse der Gesundheit der Österreicherinnen und Österreicher sowie auch zum speziellen Schutz unserer Jugend am absoluten Rauchverbot in der Gastronomie festzuhalten!



Dringlicher Antrag der Grünen-ALG

eingbracht in der Gemeinderatssitzung vom 14. Dezember 2017

von

GRⁱⁿ Tamara Ussner

Betrifft: Lebensqualität am Griesplatz

Seit 20 Jahren wird geplant, den Griesplatz umzugestalten und für dessen Bewohner*innen lebenswerter zu gestalten. Umgesetzt wurde von diesen Plänen und Ankündigungen leider kaum etwas oder jedenfalls nichts, was nur annähernd nachhaltig wäre.

Wir feiern heuer sogar ein 20jähriges Jubiläum, nämlich der Ankündigung der Straßenbahn über den Griesplatz. Die Kleine Zeitung vom 22. Jänner 1997 titelte: *„Stadt stürzt sich nun auf Trambau in den Südwesten. Ruth Feldgrill konzentriert sich auf die Realisierung der Tram-Linie über den Griesplatz nach Don Bosco – nicht zuletzt als erster Schritt zur Innenstadtentflechtung.“*

Und es ist auch schon wieder gut 10 Jahre her, dass Bürgermeister Nagl die Umgestaltung des Griesplatzes und die Errichtung einer Markthalle dort ankündigte. In den Jahren danach, 2009 und 2012 gab es weitere Versprechungen und – wohl nie ernst gemeinte – Luftschlösser, wie beispielsweise einen Naschmarkt nach Wiener Vorbild, einen Markt der Nationen und vieles mehr. Lauter Versprechungen, die die Bewohner*innen des Griesplatzes allem Anschein nach wohl nur hinhalten sollten.

Die 2011 in Auftrag gegebene Planung der Südwest-Linie unter Lisa Rucker war der letzte ernsthafte Vorstoß zur Verbesserung der Lebensqualität am Griesplatz. Trotz all den Ankündigungen ist bis heute auf diesem zentralen und belebten Platz noch immer nichts passiert und sogar die seit 20 Jahren geplante Anbindung an die Straßenbahn wurde hier im Gemeinderat vor zwei Monaten mehrheitlich abgesagt. Jetzt führt die Innenstadtentflechtung nicht dort wo sie am sinnvollsten gewesen wäre,

sondern dort wo sie den Autoverkehr am wenigsten stört, eine stadt- und verkehrsplanerische Peinlichkeit für das Jahr 2017. Außerdem fand ein 2-jähriger, aufwändiger und wichtiger Bürger*innenbeteiligungsprozess rund um die Neugestaltung des Griesplatzes statt. Was soll aber mit den Ergebnissen passieren? Wurden die Menschen wieder einmal nur hingehalten?

Darüber hinaus soll der sowieso schon sehr stark belastete Bezirk jetzt eine Autounterführung um mindestens 20 Millionen Euro bekommen, die nach Modellberechnungen zur Folge hätte, dass täglich tausende Autos zusätzlich über den Griesplatz in die Innenstadt fahren würden. Viel Geld, das wir angeblich für den Straßenbahnausbau nicht haben. Abgesehen davon, wie der schon jetzt völlig mit Autos verstopfte Platz das jemals ohne kompletten Zusammenbruch schaffen sollte, ist dieses Projekt ein Schlag ins Gesicht der Menschen, die im Bezirk wohnen.

Der Umgang mit dem Gries und die Projekte, die dort passieren bzw. nicht passieren sollen, haben nichts mehr mit nachhaltiger Stadtentwicklung und moderner Verkehrspolitik zu tun, sondern verschlechtern vorsätzlich die Gesundheit der Bewohner*innen. Sie stehen für eine Politik, die eine Mobilitätsform der Vergangenheit in den Mittelpunkt stellt und sie stehen dafür, dass der komplette Bezirk dem Autoverkehr geopfert werden soll. Jede Investition in städtische Infrastruktur für den MIV ist eine Investition in die Vergangenheit. Mit solch einer Verkehrspolitik sind wir von smarten Stadtentwicklungskonzepten, wie sie in immer mehr Städten Europas forciert werden, sehr, sehr weit entfernt. Und wenn sich die derzeitige Richtung nicht verändert, wird diese Koalition es schaffen, dass Graz den Anschluss endgültig verliert.

Der Bezirk Gries braucht unbedingt und umgehend eine Veränderung, um den Bewohner*innen wieder zumindest ein bisschen Lebensqualität zurückzugeben. Daher stelle ich namens der Fraktion der Grünen – ALG folgenden

Dringlichen Antrag

1. Der Gemeinderat ersucht Bürgermeister Mag. Siegfried Nagl, einen Runden Tisch zur Verbesserung der Situation am Griesplatz einzuberufen. Eingeladen werden sollen insbesondere die für die Materie relevanten Ämter und Abteilungen, also die Stadtbaudirektion, die Abteilungen für Verkehrsplanung, für Stadtplanung sowie für Grünraum und Gewässer, weiters die Stadtsenatsmitglieder sowie alle im Gemeinderat vertretenen Parteien, der Bezirksrat Gries, aktive Bürger*innen und Teilnehmende am Beteiligungsprozess

sowie der Migrant*innenbeirat. Dieser Runde Tisch soll das Ziel verfolgen, folgende Themen zu besprechen und Lösungen dafür zu finden:

- Die zu erwartende deutlich erhöhte Verkehrs- und Lärmbelastung durch die geplante Unterführung Josef-Huber-Gasse und Szenarien für einen Stopp dieses Projektes
- Eine rasche Wiederaufnahme der Planungen und Umsetzung der Straßenbahnlinie über den Griesplatz und die dafür notwendigen Schritte
- Die Entwicklungsmöglichkeiten des Griesplatzes hin zu einem verkehrsberuhigten Platz, der für die AnrainerInnen und NutzerInnen eine entsprechende Aufenthaltsqualität bietet
- Möglichkeiten zur Schaffung von zusätzlichem Grünraum im Bezirk Gries

Der Runde Tisch soll spätestens im Februar 2018 stattfinden und die Ergebnisse daraus dem Gemeinderat in seiner Sitzung vom März 2018 zur Kenntnis gebracht werden.

2. Verkehrsstadträtin Elke Kahr wird ersucht, sichere und durchgehende Radverbindungen in der Rösselmühlgasse, Josef-Huber Gasse, Lazarettgasse etc. prioritär zu behandeln und in ihre Vorhaben im Bereich Radinfrastruktur vorrangig aufzunehmen.

Betreff: Unterstützung für Maturabälle
und gemeinnützige Veranstaltungen



A-8010 Graz-Rathaus
Telefon: (0316) 872-2120
Fax: (0316) 872-2129
email: spoe.klub@stadt.graz.at
www.graz.spoe.at
DVR: 0828157

Dringlicher Antrag

**an den Gemeinderat
eingebracht von Frau Gemeinderätin Anna Robosch
in der Sitzung des Gemeinderates
vom 14. Dezember 2017**

Graz ist eine junge Stadt. Graz ist eine Universitätsstadt, aber auch eine Stadt mit über 46.400¹ Schülerinnen und Schülern. Auch wenn sich unser Bildungssystem in seinen methodischen und inhaltlichen Grundfesten nicht weit von dem entfernt hat, was Maria Theresia 1774 angedacht hatte, so haben sich doch die finanziellen Anforderungen an SchülerInnen und Eltern drastisch verändert.

Jährliche Schikurse und Schullandwochen sind schon in der Volksschule Programm, Sprach- und Kulturreisen legt man heutzutage mit der Lufthansa zurück und nicht mit der ÖBB. Der finanzielle Druck, der hier vor allem auf den Eltern lastet, kann längst schon nicht mehr durch engagierte Elternvereine abgedeckt werden. Und als wäre es in der Abschlussklasse nicht genug mit den Reisen und Zusatzkosten, als wäre der Leistungsdruck im 12. Schuljahr noch zu wenig, kommt dann auch noch der traditionelle Maturaball hinzu.

Was durch das fulminante Ergebnis in der Ballnacht oft vergessen wird: Alle Maturabälle werden von SchülerInnen selbst organisiert, geplant und ehrenamtlich durchgeführt. Neben dem stressigen Schulalltag, Schularbeiten und Prüfungen kümmern sich SchülerInnen auch noch um die Location, die Tanzeinlagen, die Sicherheits- und feuerpolizeilichen Auflagen, die Security und vor allem um die Finanzierung eines mittelgroßen Events. Oft fehlt ihnen hierbei jegliche inhaltliche Unterstützung.

Die Aufgabe der Politik und Verwaltung muss es daher sein, die Grazerinnen und Grazer bei der Umsetzung solcher Projekte und Veranstaltungen zu unterstützen, anstatt sie durch Bürokratie und hohe Abgaben zu untergraben. Insbesondere die Lustbarkeitsabgabe stellt für viele VeranstalterInnen eine enorme Belastung dar. Die Stadt bittet damit auch gemeinnützige Organisationen zur Kassa – so zahlen beispielsweise die RosaLila PantherInnen, OrganisatorInnen von zahlreichen Charity-Events, Bildungsprogrammen und anderen Angeboten, jährlich mehr Geld an die Stadt Graz, als sie für alle ihre Angebote seitens der Stadt an Förderungen bekommen.

¹http://www.statistik.steiermark.at/cms/dokumente/11681245_103034796/881f514f/Sch%C3%BClerinnen%20und%20Sch%C3%BCler%20politische%20Bezirke%202006-07%20bis%202015-16.pdf

Und auch für die Grazer MaturantInnen stellt die Lustbarkeitsabgabe auf Maturabällen Jahr für Jahr eine gewaltige Herausforderung dar. Eltern und junge Erwachsene sehen sich hier mit gewaltigen finanziellen Ausgaben konfrontiert, zahlen oft hohe Mieten für stadtnahe Liegenschaften, sowie 17,24 % Lustbarkeitsabgabe pro Eintrittskarte².

Daher stelle ich im Namen der sozialdemokratischen Gemeinderatsfraktion den

dringlichen Antrag,

1. Stadtrat Kurt Hohensinner möge prüfen, ob von Seiten der Stadt Graz ein Eventberatung-Service inklusive rechtlicher und verwaltungstechnischer Beratung, vor allem für Maturabälle und gemeinnützige Veranstaltungen eingerichtet werden kann. Dem Gemeinderat ist bis März 2018 ein Bericht vorzulegen.
2. Stadtrat Dr. Günter Riegler möge prüfen, inwieweit, es möglich wäre, einen gesonderten Miettarif für Maturabälle und gemeinnützige Veranstaltungen in stadtnahen Liegenschaften einzurichten. Dem Gemeinderat ist bis März 2018 ein Bericht vorzulegen.
3. dass die zuständigen Stellen der Stadt Graz beauftragt werden zu prüfen, ob bzw. unter welchen Rahmenbedingungen und mit welchen Auswirkungen ein Entfall der Lustbarkeitsabgabe für Maturabälle sowie ehrenamtliche und/oder gemeinnützige Tanzveranstaltungen durchgeführt werden kann. Dem Gemeinderat ist bei der nächsten Sitzung darüber Bericht zu erstatten.

² <https://www.sparkasse.at/.../Downloads/b74f8cba-597a-4c2f-b2a0-0c343d81125b.pdf>



Dringlicher Antrag

an den Gemeinderat in der Sitzung vom 14. Dezember 2017
eingebracht von **Nikolaus Swatek**

Betrifft: Transparenter Bezirksrat - Protokolle

Bezirksräte sind die erste Anlaufstelle für die Anliegen der Bürgerinnen und Bürger vor Ort und vertreten die bezirksbezogenen Interessen der Bevölkerung gegenüber den Organen und Einrichtungen der Stadt.

Möchte man sich als Bürger der Stadt Graz genauer über die Arbeit des Bezirkesrates informieren, wird man auf der Webpräsenz der Stadt Graz leider nicht fündig.

Protokolle der Bezirksratssitzungen, die die Arbeit des Bezirkesrates widerspiegeln, sind online nicht auffindbar. Gemäß der "Geschäftsordnung für den Bezirksrat" der Stadt Graz sind Protokolle lediglich während der regelmäßigen Dienststunden der Servicestelle zur Einsichtnahme durch die Bezirksbevölkerung aufzulegen. Doch gerade im Zeitalter der Digitalisierung wäre es leicht möglich allen Bürgerinnen und Bürgern einen niederschweligen Zugang zu Informationen zu gewähren. Dabei ist besonders die Veröffentlichung von Sitzungsprotokollen ein einfacher Weg, unabhängig von Ort und Zeit, jedem Interessierten einen Einblick in die Arbeit des Bezirkesrates zu ermöglichen. Ein umfassender Einblick in die Arbeit des Bezirkesrates würde auch das Interesse am Bezirksrat, wie auch dessen Ansehen durch die Grazerinnen und Grazer steigern.

Die Stadt Wien ist bei der Transparenz rund um die Bezirksvertretungen bereits wichtige Schritte gegangen. So steht der Bezirksvertretung auf "Wien.at" ein großzügiger Bereich zu, auf dem die Bezirksvertretung nach eigenem Ermessen, Bürgerinnen und Bürger informieren kann.

Auch die Protokolle der Bezirksvertretungssitzungen sind auf "Wien.at" auffindbar.¹ Die Stadt Wien hat in ihrer Geschäftsordnung das Veröffentlichen der Protokolle auf "Wien.at" und damit eine Sicherstellung der Transparenz der Bezirksvertretung in der Geschäftsordnung der Bezirksvertretungen festgehalten.

Wien Geschäftsordnungen der Bezirksvertretungen §3 (6):

"Das genehmigte Protokoll ist in den Amtsräumen des Bezirksvorstehers oder der Bezirksvorsteherin aufzubewahren. Darüber hinaus ist dieses auf der offiziellen Homepage des Bezirkes auf Wien.at zu veröffentlichen, wobei personenbezogene Daten, die nicht die Tätigkeit der Mitglieder der Bezirksvertretung und des Bezirksvorstehers oder der Bezirksvorsteherin betreffen, unkenntlich zu machen sind....."

Daher stelle ich im Sinne einer transparenten Stadt gemäß §18 der Geschäftsordnung des Gemeinderates den

dringlichen Antrag:

1. Der Gemeinderat der Stadt Graz bekennt sich zu mehr Transparenz auf Ebene des Bezirksrates.

2. Die zuständigen Stellen der Stadt Graz werden ersucht zu prüfen, ob auf der Webpräsenz der Stadt Graz im Bereich der Bezirksvertretungen ein Platz für die Veröffentlichung von Protokollen der Sitzungen des Bezirksrates erstellt werden kann.

3. Die zuständigen Stellen der Stadt Graz werden ersucht zu prüfen, ob §19(3) der Geschäftsordnung für Bezirksräte um eine digitale Veröffentlichung der Protokolle der Sitzungen des Bezirksrats im Sinne des Motivtextes erweitert werden kann.

Dem Gemeinderat ist in der Februar-Sitzung des Gemeinderates ein entsprechender Bericht vorzulegen.

¹ <https://www.wien.gv.at/bezirke/innerestadt/politik/sitzungen/>